

(Abg. Schnirch.)

(A) meiner Heimatstadt ebenfalls für Wohnungen, die man im Jahre 1913 mit 350 M. bezahlt hat, 1000 und 1200 M. Miete verlangt. Wer soll das bezahlen? Da werden die Arbeiter und Beamten bis zur Gruppe X, ich glaube auch XI nicht in der Lage sein, die Miete aufzubringen. Was soll aus den Leuten werden, die noch nicht einmal 1000 M. Lohn im Jahre verdienen? Wollen Sie die auf die Straße setzen und den Gemeinden zumuten, daß sie für sie Armenhäuser bauen? Das geht nach meinem Dafürhalten nicht. Hier werden wir dafür zu sorgen haben, daß zunächst einmal auch einer Ausbeutung der Mieterschaft gesetzliche Schranken gezogen werden. Ich glaube, um deswillen werden wir vorläufig nicht daran denken können, den Weg zu gehen, den Herr Kollege Kammelsberg vorgeschlagen hat.

Nun ist gesagt worden: Wir müssen dafür sorgen, daß auch das Privatkapital verzinst wird, dann wird die Baulust belebt werden, dann werden wir sehen, daß die Landesiedlungsgesellschaft nicht mehr so ins Gewicht fällt. Wie stellt man sich die Verzinsung vor? Wir wissen, daß heute die Verhältnisse gegenüber früher anders sind. Ich sagte bereits, daß wir bei anderer Gelegenheit einmal dazu kommen werden, eine Rechnung aufzumachen, wie sich die Verhältnisse gegen früher gestaltet haben, und insofern glaube ich, mir heute weiteres ersparen zu können.

Im ganzen glaube ich sagen zu sollen, daß man zunächst der Kapitalerhöhung wird zustimmen können. Man wird dafür zu sorgen haben, daß, wo Verhältnisse sich herausgestellt haben, die das Ansehen und die Tätigkeit der Siedlungsgesellschaft zu schädigen geeignet sind, diese abgestellt werden. Man wird zu prüfen haben, ob man nicht neue Wege gehen kann, nach außen hin die Tätigkeit der Siedlungsgesellschaft in die Erscheinung treten zu lassen. Aber dazu ist hier nach meinem Dafürhalten nicht der rechte Platz. Dafür wird im Ausschuß Gelegenheit gegeben sein. Dort wird man auch abzuwägen haben, wieweit man den Wünschen, die Herr Abg. Kammelsberg im Namen seiner Fraktion vorgebracht hat, Rechnung tragen kann. Im allgemeinen wird — das sage ich heute schon — man Ihrem Verlangen wohl nicht folgen können, weil, wenn man das täte, das offensichtlich die Begünstigung einer kleinen Kategorie von Leuten wäre, die man vor der Gesamtheit der Bevölkerung Sachsens nicht verantworten könnte.

**Abgeordneter Kammelsberg:** Meine Damen und Herren! Ich habe zunächst Beschwerde darüber zu führen, daß von der Regierung einfach eine zurechtgemachte Erklärung verlesen wird, ohne daß irgendwie auf die Einwürfe eingegangen wird, die ich vorgebracht habe. Das ist ein ganz eigentümliches Verhalten der Regierung. Dazu bemerke ich: Wenn die Regierung betont, daß das Unternehmen ein gemeinnütziges Unternehmen ist, so ist es merkwürdig, daß sie als Hauptgesellschaft keinen Einfluß ausübt. Das ist eine unfaire Konkurrenz. Ich glaube die Regierung hätte nach der Richtung wohl Ursache gehabt, das Verfahren der Siedlungsgesellschaft unter die Lupe zu nehmen.

Was Herrn Kollegen Wehrmann anlangt, so sind wir uns einig, daß Sachsen kein typisches Land für Siedlung ist. Sie versteifen sich auf Anlagesiedlung. Herr Kollege Wehrmann, ich will Ihnen einmal etwas sagen: Sie sind mit ihren Fraktionsgenossen in dem Gebiete hausieren gegangen und haben die Kleinen gegen die Großen aufgebracht und haben sie unterschreiben

lassen, daß sie Siedlungsland haben wollen. Da weiß ich genau Bescheid. Derartige Maßnahmen halte ich nicht für geeignet, um überhaupt irgendwelche Vorteile in die Wirtschaft hineinzubringen. Wie sehr Ihre Siedlungspolitik Schiffbruch gelitten hat, das müssen Ihnen die demokratischen Bauvereine beweisen. Hände weg von der Landwirtschaft, namentlich wenn Sie nichts verstehen. (Heiterkeit.)

Ich komme dann weiter darauf, daß diese Propaganda, die Sie machen, nur geeignet ist, die Kleinsten in das demokratische Lager zu locken; im gewöhnlichen Leben bezeichnet man das als Bauernfang.

Was Herr Abg. Siewert betonte, daß die Wohnungsmiete der neuen Wohnungen so außerordentlich hoch sind, ist richtig. Ja, das liegt an der heutigen schwierigen Beschaffung des Kapitals. Aber auf der anderen Seite muß auch der Herr Abg. Siewert wissen, es ist durch die Abgabe der Wohnungsmiestersteuer die Verzinsung des alten Hausbesitzes so gering, daß die Hausbesitzer nicht auf Rosen gebettet sind, und von einer Bewucherung der Hausbesitzer den Mietern gegenüber kann nicht die Rede sein.

Wenn ich von der Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft gesprochen habe, dann habe ich das getan, weil ich mich der Einsicht nicht verschließen kann, daß wir die Zwangswirtschaft nicht aufrechterhalten können und daß wir wohl oder übel über kurz oder lang dazu kommen werden, diese Zwangswirtschaft aufheben zu müssen. Ich habe auch betont, daß ich für sehr richtig halte, daß unter allen Umständen auch die Mieter geschützt werden, soweit es berechtigt ist, und diesen Standpunkt vertritt auch meine Fraktion.

Weiter, wenn Herr Abg. Siewert von gestohlenen Rittergütern spricht — nun, meine Damen und Herren, dann mag er sich erst einmal in den Reihen seiner Parteianhänger umsehen, wieviel da wohl gestohlene Güter besitzen, da sind viel mehr Spitzbuben dabei als unter den von ihm erwähnten Kreisen. (Laute Zurufe und Lachen b. d. Komm.) Die Aufteilung der Rittergüter ist geradezu eine Utopie. Man muß auch größere Güter haben, um die gesamte Ernährung des Volkes nicht in Frage zu stellen. Darüber sind sich heute schon alle Sachverständigen aus der Landwirtschaft einig, daß der Großgrundbesitz seine Vorzüge hat, aber auch der Kleinbesitz und der Mittelbesitz, daß man also nicht alles über einen Kamm scheren kann. Wir sind noch, Gott sei Dank, weit entfernt vom Sowjetismus in Rußland, wo derselbe die Bauern in Rußland zu Sklaven und traurigen Lohnarbeitern gemacht hat. (Lachen b. d. Komm.) Sehen Sie nur hin, die Produktion von Rußland ist um ein Vielfaches hinter die Friedensproduktion zurückgegangen. (Zurufe b. d. Komm., unter anderem Abg. Ellrodt: Schützenkönig!)

**Stellvertretender Präsident Dr. Eckardt:** Herr Abg. Ellrodt, ich rufe Sie zur Ordnung.

**Abgeordneter Kammelsberg (fortfahrend):** Ich spreche noch zu den Ausführungen des Herrn Abg. Schnirch. Wenn er meint, daß man auch der Bevölkerung, die nicht landwirtschaftliche Betriebe hat, Gelegenheit geben müsse, den Landhunger zu befriedigen, so stimme ich ihm insoweit bei, soweit es sich um Betätigung und Arbeit in Gärten und Erholungsstätten handelt. Das Schrebergärtensystem ist in der Nähe von Städten außerordentlich nutzbringend, und wir können es nur aus Gründen der Gesundheit für die Allgemeinheit